



11.11.2022

Liebe Genossinnen und Genossen,

liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

der Bundestag hat das Bürgergeld beschlossen. Wir lassen endlich Hartz IV hinter uns und geben den Menschen mehr Sicherheit in schwierigen Zeiten. In der Pandemie haben wir - unter anderem bei den Soloselbständigen - gesehen, wie wichtig es ist, eine gute Grundsicherung zu haben.

Mit dem neuen Bürgergeld lernen wir unter anderem aus diesen Erfahrungen. Wir sorgen dafür, dass man nicht gleich alles, was man sich erarbeitet hat verliert und die Wohnung wechseln muss, wenn man auf Grundsicherung angewiesen ist. Auch die, die schon lange arbeitslos sind, sollen besser unterstützt werden. Durch eine gemeinsame Vereinbarung, die ihre Stärken und Vorstellungen besser berücksichtigt und mehr Möglichkeiten zur Qualifizierung und Unterstützung gibt. Damit ist das Bürgergeld ein wichtiger Beitrag zur Fachkräftegewinnung. Und es ist uns wichtig die Regelsätze zu erhöhen und besser auf die Inflationsentwicklung zu reagieren.

Das Schauspiel, welches die Union aktuell veranstaltet, besorgt mich sehr. Mit Falschinformationen, falschen Rechnungen und Studien die zurückgezogen werden müssen, versucht die Union Menschen gegeneinander auszuspielen und die Gesellschaft zu spalten. Das ist einer demokratischen Volkspartei unwürdig und gefährdet unsere Demokratie. Diejenigen, die wenig verdienen, gegen die auszuspielen, die keine Arbeit haben ist schäbig. **Fakt ist: Wer arbeitet hat immer (!) mehr, als jemand, der Bürgergeld erhält.** Gerade Geringverdiener haben wir mit dem Mindestlohn von 12 Euro (dem die CDU nicht zugestimmt hat), mit Entlastungen bei den Sozialbeiträgen, der Erhöhung von Wohn- und Kindergeld deutlich unterstützt. **Fakt ist auch: Sanktionen bleiben bestehen, für diejenigen, die sich einer Zusammenarbeit verweigern.** Wer allerdings alles richtig macht, dem begegnen wir nicht mehr grundsätzlich mit Misstrauen, sondern mit Angeboten. ([Hier gibt es ein ausführliches FAQ zum Bürgergeld von meiner Kollegin Annika Klose](#))

Wir sind auf Stimmen der Unionsländer angewiesen, da das Gesetz auch im Bundesrat beschlossen werden muss. Ich hoffe, dass diese ihrer staatspolitischen Verantwortung gerecht werden und sich nicht von Herrn Merz instrumentalisieren lassen.

Um die gestiegenen Energiepreise abzufedern hat die Bundesregierung wirksame Strom- und Gaspreisbremsen angekündigt. In dieser Woche haben wir hierzu die ersten Eckpunkte beraten und in einem ersten Schritt beschlossen, dass der Bund alle Abschlagszahlungen für Gas und Fernwärme für den Monat Dezember übernimmt. Und das wird ganz automatisch geschehen: Die Energieversorger werden diesen Betrag nicht einziehen und kriegen die Kosten hierfür vom Bund erstattet. Für Mieterinnen und Mieter, die keinen direkten Versorgungsvertrag haben, kommt die Entlastung

automatisch über die Betriebskostenabrechnung. Von dieser Entlastung profitieren alle privaten Haushalte, kleine und mittlere Unternehmen sowie soziale Einrichtungen.

Im zweiten Schritt führen wir folgende Preisbremsen ein:

1. Gaspreisbremse

- Ab März 2023 gilt möglichst rückwirkend zum 01.02. eine Preisbremse für Gas. Dafür wird der Gaspreis für 80 Prozent des Vorjahresverbrauchs auf 12 Cent pro Kilowattstunde begrenzt. Fernwärme wird auf 9,5 Cent pro Kilowattstunde begrenzt.

2. Strompreisbremse

- Ab Januar 2023 wird der Strompreis für ein Grundkontingent von 80 Prozent des Jahresverbrauchs auf 40 Cent pro Kilowattstunde für alle Privathaushalte, kleine und mittlere Unternehmen und soziale Einrichtungen begrenzt.

In den jetzt anstehenden Beratungen ist es uns ein wichtiges Anliegen sicherzustellen, dass der Abwehrschirm von 200 Milliarden Euro auch dort ankommt, wo er gebraucht wird. Viele haben mich in den vergangenen Tagen angeschrieben oder angesprochen, die zum Beispiel mit Öl oder Pellets heizen und nicht wissen, wie sie dort die gestiegenen Preise bezahlen sollen. Wir arbeiten mit Hochdruck an einer gerechten Lösung, die auch Holzpellets und Öl berücksichtigt. Unser Versprechen gilt: Wir lassen niemanden alleine!



Hohe Energiekosten –
Bundestag beschließt
weitere **Soforthilfe** für Euch:

**Bund übernimmt
den Abschlag für
Dezember bei Gas
und Fernwärme.**

**Wir erhöhen
das Kindergeld
auf 250 Euro!**

**Ab
Januar
2023!**

SPD
Fraktion im
Bundestag

Mit der Wohngeldreform werden ab dem 01. Januar das Wohngeld für weitere 1,4 Millionen - für insgesamt 2 Millionen - Haushalte öffnen. Ab dann werden 4,5 Millionen Menschen mit kleinen Einkommen, insbesondere Alleinerziehende, Familien und Rentnerinnen und Rentner durch das Wohngeld unterstützt. Gleichzeitig erhöhen wir die Sätze des Wohngelds: Bisher lag der Anspruch im Schnitt bei 180 € pro Monat, zukünftig wird er auf 370 € ansteigen. Damit haben wir auch den Heizkostenzuschuss dauerhaft als Komponente ins Wohngeld integriert. Zudem haben wir weitere Entlastungen zum Ausgleich der Inflation beschlossen. Durch eine weitere Verschiebung der Tarifeckwerte und einer erneuten Anhebung der Grundfreibeträge gleichen wir die kalte Progression aus. Und wir erhöhen das Kindergeld auf 250€ monatlich - die größte Erhöhung, die es jemals gegeben hat

– auch dies wird ab dem 01. Januar gelten und eine spürbare Entlastung für alle Familien sein.

Bevor wir in der nächsten Sitzungswoche über den Haushalt endgültig beraten hat in dieser Woche die Bereinigungssitzung stattgefunden. Hier tagen die Haushaltspolitikerinnen und Haushaltspolitiker aller Fraktionen bis tief in die Nacht - dieses Mal ging es bis um halb 6 Uhr am heutigen morgen - und verhandeln die einzelnen Haushaltspläne. Dazu gibt es gute Nachrichten: Nachdem schon die Mittel für die Migrationsberatung erhöht wurden, wird jetzt auch das Bundesprogramm Sprach-Kitas verlängert.

Mit solidarischen Grüßen

Dagmar Schmidt